

Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei.

No. 35.

Leipzig, den 29. August.

1868.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage einschließlich Bringerlohn 12 1/2 Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren M. Dolge am Markt, H. Reichert Gaisinstraße 27, G. Hofmann Brühl 40, C. Dehler Neumarkt 6, G. Richter Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein Universitätsstraße und die Expedition d. Blattes C. W. Bollrath Bindmühlentstr. 14. Für Dresden Filiale Expedition F. W. Grelmann Wallstraße 10. Agent in London für England, Indien, China, Japan, Australien, Südamerika zc. die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 24 Brook Street, Grosvenor Square, London.

Inhalt: Politische Uebersicht. — „Das Kapital“ von Karl Marx. — Aus Deutsch-Oesterreich. — Aus England. — Für die sächsischen Abgeordneten zum Arbeitertag. — Beilage: Programm oder nicht Programm?

Politische Uebersicht.

Wer hat nicht die Geschichte von dem sizilianischen Wundarzt gelesen, der, um seiner Praxi auf die Beine zu helfen, bei einbrechender Dunkelheit verkleidet auf die Straße ging, die nächtlichen Wanderer meuchlings überfiel und sie krumm und lahm schlug, bloß damit sie sich von ihm kuriren lassen mußten? An diesen sinnreichen Wundarzt erinnert uns eine soeben veröffentlichte preußische Denkschrift aus dem Jahr 1822, welche von dem Exminister Eichhorn verfaßt sein soll, und die den besten Beweis liefert, daß Graf Bismarck nur ausgeführt hat, was Andere lange vor ihm gedacht, und was als preußische Staatsidee bezeichnet werden kann. Die betreffende Denkschrift stellt aufs Unzweideutigste die Eroberung Deutschlands als Ziel der preußischen Politik hin, und empfiehlt als Mittel die Lahmlegung des Bundes durch systematische Verhinderung aller Reformen, ja durch Verschlechterung des Bestehenden, und zwar in der ausgesprochenen Absicht, daß Preußen die Bundesverfassung dann moralisch vernichten und schließlich, zu eigenem Ruß und Frommen, umstürzen könne. Was denn auch wirklich geschehen ist. Wie konsequent diese jesuitische Politik bis ins Kleinste befolgt ward, sehen wir recht deutlich an dem Beispiel des Groschenportosages, der von der preußischen Regierung gerade so lange bekämpft ward, bis sie ihn, nach glücklich vollbrachter Zerstörung des deutschen Bundes, dem „Norddeutschen Reichstag“ auf dem Präsidententeller überreichen konnte. „Wenn es mit ehrlichen Mitteln nicht geht“, schrieb einst Friedrich, der sogenannte Große, „so wollen wir Schurken (fourbes) sein!“ Diese Worte sind ein Programm.

In verschiedenen Zeitungen war kürzlich zu lesen, dem preußischen Landtag solle zur Deckung des trotz aller Ableugnung vorhandenen und sehr beträchtlichen Defizits unter anderem eine Börsensteuer vorgeschlagen werden. Anfangs nahm die offiziöse Presse keine Notiz von dem Gerücht; jetzt aber greift die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ die Sache auf, und redet einer solchen Steuer mit Nachdruck das Wort. Die Börsenspekulanten, meint sie, zu den Lasten des Staats heranzuziehen, sei ein einfacher Akt der Gerechtigkeit gegen das

unbewegliche Eigenthum, das sich der vollen Besteuerung nicht entziehen könne; die Börsengeschäfte seien überdies reine Hazardspiele, die ihres verwerflichen Charakters wegen auf kostlose Gestattung von Seiten des Staats gerade so viel und gerade so wenig Anspruch hätten, wie die Spielbanken von Wiesbaden, Homburg und Ems.“ Ein schöner Grundsatz das, auf dem die „N. Allg. Z.“ da fußt. Hazardspiele sind verwerflich, und weil sie verwerflich sind, müssen sie — nicht unterdrückt werden, Gott behüte!, sondern sich ihre Duldung von dem „moralischen“ Staat erkaufen. Je unmoralischer das Gewerbe, desto mehr muß nach dieser Staatsmoral das Gewerbe zahlen. (Was wohl Herr Braß und seine Gönner zu zahlen hätten, wenn das Prinzip durchgeführt würde?) Das Geld reicht nicht, sagte jener römische Kaiser, und der Militarismus kostet Geld. Genug — es wird „neue Steuern“ geben. Wenn nicht diese, dann andere.

Graf Bismarck ist vom Pferd gestürzt, hat aber nicht den Hals gebrochen. Ueber sein allgemeines Befinden laufen die widersprechendsten Nachrichten um. Während die Einen ihn für gefährlich krank erklären, behaupten die Anderen, er sei nur von diplomatischem Unwohlsein befallen, und in freiwilliger oder erzwungener Verbannung. Daß der Herr Graf gute Gründe hat, zu einer Zeit, wo die Usedom'sche Note ihr Licht leuchten läßt und sonstige Fatalitäten sich ereignen, sein Antlitz in Hinterpommern zu verstecken, das wollen wir keineswegs bestreiten. Dessen ungeachtet ist es gewiß, daß er sich körperlich und geistig in einem Zustand befindet, der ihn noch auf lange hin zur Unthätigkeit nöthigen wird, wenn überhaupt je eine Heilung eintritt. Wer den Grafen in der famosen Zollparlamentsitzung sah, die den Böll'schen Frühlingsanfang bezeichnet, wird an dem Ernst der Krankheit des „genialen Staatsmannes“ und seiner Schöpfung nicht zweifeln.

Die offiziellen Blätter geben sich fortwährend alle Mühe, der Ernennung Manteuffels jede politische Bedeutung abzustreifen. Mit diesen Versicherungen stimmt es aber sehr schlecht zusammen, daß genau seit Rehabilitation des Generals das alte Mainlinienprojekt wiederaufsteht, welches weiland von ihm und seinen Freunden eifrig gegen Graf Bismarck verfochten ward, und welches darauf hinausläuft, daß Oesterreich südlich, Preußen nördlich des Mains herrsche, und daß beide Großstaaten sich zu einem ewigen Kreuzzug gegen Fortschritt und Revolution verbünden. Nun — obgleich Graf Bismarck in mehr als Einem Sinn mit dem Pferd gestürzt ist, so haben wir es hier doch vor der Hand nur mit dem frommen Wunsch einer preußischen Junkerklique und des reaktionärsten Theils

der österreichischen Aristokratie zu thun, die aus Angst vor dem Beuß'schen Liberalismus die Allianz des feudalen Preußen sucht.

Ein Reskript des preußischen Justizministers erklärt, daß die Anstellung der Richter nur nach Maßgabe der Fähigkeiten und gerechten Ansprüche der Betreffenden, nimmermehr nach politischer Parteistellung erfolgen solle. Damit ist indirekt gegeben, daß es sich früher anders verhielt, und das Geschwäg vom preußischen „Rechtsstaat“ eitel Dunst war. Ob es jetzt besser wird, bleibt abzuwarten. Es steht nicht so aus.

Ein paar naive schlesische Schulmeister hatten sich auf ihren Konferenzen begeben lassen, das alberne Wort: „bei Königsgrätz haben die Schulmeister gesiegt“ etwas zu oft zu erwähnen. Ueber diese Frechheit des „Intelligenzstaats“ riß dem „Militärstaat“ die Geduld, und die Breslauer Regierung rüffelte die nichtuniformirten Renommisten wie folgt: „In dem Streben, den Einfluß der Schule auf den errungenen Sieg in ein möglichst helles Licht zu setzen, ergeben sich einzelne schwächere Vortragende so weit, daß es in der That den Anschein gewinnt, als sei der Sieg weniger dem tapferen preußischen Heere und seinen kriegskundigen Führern als den preußischen Schullehrern zu verdanken, was denn doch als eine Verleumdung der Schlage bezeichnet werden muß.“ Ueberhaupt scheint die Regierung allzuviel Intelligenz für einen zweifelhaften Vorzug in einer Zeit der Blut- und Eisenpolitik zu halten. Solche Intelligenz will oft klüger sein, als die Regierung selber, schreibt wohl gar Friedensadressen, und muß daher niedergehalten werden. Sehr zart wird dies den Schullehrern von der Regierung wie folgt bemerkt gemacht: „Wenn man auf die Intelligenz des preußischen Volkes als auf eine wesentliche Kraft, welche ihm die großen Siege des Jahres 1866 hat erringen helfen, mit Recht hingewiesen hat, so kann das doch nicht von einer Intelligenz gelten, welche lediglich in einer Verstandesaufklärung, in einem Maße von Wissenschaft oder Fertigkeit besteht. Die Erfahrung aller, besonders der neueren Zeiten, hat vielmehr hinlänglich gezeigt, daß nicht selten gerade Diejenigen, welche hierin sich vor Anderen hervorthaten, dem Vaterlande wenig zuverlässig sich erwiesen und in verderblicher Leidenschaftlichkeit auf Bahnen geriethen, welche nicht die heilsamen für das Vaterland waren, in der Stunde der Gefahr, wo es ihnen bei aller sonstigen Verstandesbildung an einer recht tief gegründeten sittlichen Gesinnung fehlt.“ Folgt schließlich ein frommer Hinweis auf das „christliche Vaterland“, die „christliche Basis“, den „christlichen Geist“ und die „christlichen Zwecke“ der Schule. Sela.

Wieder ein französischer Offizier verhaftet worden, der den Weg von Mainz nach — Jena studirte. Da man uns vormirft, die Geschäftswelt systematisch allarmiren zu wollen, so sei hiermit feierlichst erklärt, daß wir dies für ein friedliches Zeichen halten.

In Mainz eine bürgerliche Canaille von einer Schildwache in den Leib geschossen und dann, schon sterbend!, von der preußischen Patrouille mit Kolbenstößen auf die Wache getrieben; in Hannover Dienstmädchen und Lehrlinge wegen Hochverrath und Majestätsverbrechen arretirt; in Duisburg Massenvergelung der Untersuchungsgefängnissen; irgendwo im „Musterstaat“ (der Ort ist uns augenblicklich entfallen) ein Offizier bestraft, weil er sich bei einer Schlägerei den Degen, den er an einem Bürgerlichen probiren wollte, entreißen, sich also an der Begehung einer Mordthat verhindern ließ; überall Preßprozesse, Polizeikanonen — und das Bild nordbündlerischer Glückseligkeit ist fertig.

Vor etwa einem halben Jahr machte die bayerische Regierung der preußischen einen Vorschlag auf Einführung gegenseitiger Freizügigkeit. Dieser Vorschlag ist nun in

Berlin zurückgewiesen worden, worüber wir uns nicht im mindesten wundern, da die preußische Regierung ja durch das Freizügigkeitsgesetz dem Norddeutschen Bund gezeigt hat, daß sie mit bürokratisch-reaktionärer Starrheit sich an den alten Aufenthaltsbeschränkungen festklammert, und daß ihr „wirthschaftlicher Liberalismus“ nur eine Lockspeise für Simpel war und ist.

Das Südbundsgespenst spukt noch immer in der Presse herum, und es wird wohl auch ziemlich lange dauern, ehe es zur Ruhe kommt. Fleisch und Blut wird es niemals annehmen — so viel steht fest. Durch die Militärverträge hat Preußen die Regierungen in seiner Gewalt; so lange diese Verträge in Kraft sind, ist ein Südbund, der nicht ein bloßer Anhängel des Nordbunds wäre, einfach unmöglich; möglich würde er erst, wenn die Militärverträge zerrissen würden; dies ist aber nur möglich, nachdem Preußen vorher von seiner gegenwärtigen Machtstellung verdrängt worden. Und geschähe dies, nun — dann giebt es etwas Besseres zu erreichen, als einen Südbund. Selbst in der Gestalt einer gemeinsamen Militärkommission scheint derselbe nicht zu Stand kommen zu können. Wenigstens meldet die „Carlsruher Zeitung“ soeben das Scheitern der betreffenden Verhandlungen.

In Oesterreich sind jetzt die Einzellandtage versammelt. Die Verhandlungen haben erst kaum begonnen, doch so viel läßt sich schon erkennen, daß die regierungsfeindlichen Elemente (Gehen, Pfaffen, Feudale) viel Lärm machen und dem Ministerium auch manche Verlegenheit bereiten werden, jedoch ohne im Stand zu sein, den Gang der Entwicklung im Großen zu hemmen.

Die österreichische Regierung ist dahinter gekommen, daß bedeutende Waffentransporte aus Preußen nach Rumänien geschafft worden sind, u. A. 25000 Hinterlader; ferner hat sie die Beweise dafür erlangt, daß die rumänische Regierung die Inscensung des, leider zu früh explodirten, und von den Russen bestellten „Bulgariſchen“ Aufstands besorgt hat.

In Frankreich schwere Wahlniederlage der Regierung im Jura; Preßverfolgungen, Demonstrationen der öffentlichen Meinung; offiziöse Kriegs- und Friedensartikel in lieblicher Abwechslung.

Aus Spanien die durch das jüngst mitgetheilte Regierungskreskript bestätigte Nachricht, daß die Armee vollkommen unzuverlässig ist.

In Italien neue Steuern und ein Federkrieg zwischen Lamarmora und Cialdini, die sich gegenseitig den üblen Ausgang der 1866er Campagne vorwerfen, und dabei die kompromittirtesten, die italienische Waffenchre aufs Neueste bloßstellenden Einzelheiten veröffentlichen. Napoleon und Beuß werden ihre Freude dran haben.

In den Vereinigten Staaten beginnt eine Agitation gegen die Zusammensetzung des Senats. Die Bestimmung der Constitution, daß jeder Staat zwei Senatoren erwählt, wird als eine nicht mehr stichhaltige und für die größeren Staaten ungerechte bezeichnet; es sei unbillig z. B. die 6 Neuengland-Staaten und 5 neu aufgenommene Staaten mit einer Gesamtbevölkerung von 3,301,576 Personen 22 Senatoren erwählen, während der Staat Newyork mit einer Bevölkerung von 3,880,735 nur 2 wählt. Der Senat, der eine entscheidende Stimme hat, repräsentirt daher, so sagen die Gegner, eine Minorität und kann bei collidirenden Interessen der kleineren und größeren Staaten zum Nachtheil der letzteren den Ausschlag geben. Das ist ganz richtig, allein das Föderationsprinzip erheischt es so, da sonst die kleinen Staaten neben den größern ihre Selbständigkeit nicht bewahren können. Freilich der Krieg gegen die Sklavenhalter war, gleich dem Schweizer

Sonderbundskrieg, zugleich ein Kampf gegen das Föderativ-Prinzip, welches in der großen Republik immer mehr zurückgedrängt wird, ohne daß das Prinzip der Autonomie dabei den geringsten Schaden erlitt.

Aus Brasilien kommt gleichzeitig die Nachricht von einem Ministerwechsel und einer schweren Niederlage auf dem Paraguyitischen Kriegsschauplatz. Bei einem Sturm auf die feindliche Festung haben die ohnehin schon sehr zusammengeschmolzenen Alliierten 3000 Mann verloren. An eine Fortführung des Kriegs Seitens der Angreifer ist nun nicht mehr zu denken.

Der Redakteur Salomon, dessen Fall wir seiner Zeit ausführlich berichteten, ist nun schließlich doch auf Grund der 1866er „Amnestie“ begnadigt worden. Dagegen hat man einen andern Redakteur und Drucker, Fränkel in Sorau, unter womöglich noch skandalöseren Umständen von jenem ächt preussischen „Gnadenakt“ („an einem Königswort soll man nicht deuteln“) sprach stolz die „Nordd. Allg. Ztg.“ ausgeschlossen. Jetzt da wir so groß geworden sind, müssen wir uns auch daran gewöhnen, in Allem großherzig zu handeln!“ zwitscherte neulich die national-liberale „Breslauer Zeitung“.

Aus Bamberg wird der „Zukunft“ geschrieben: „Am 16. d. Mon. waren zu Forchheim aus 7 Kreisen des Landes 42 Delegirte der deutschen Volkspartei in Bayern versammelt, am Borort, Landesauschuß und den Abgeordneten zum Berner Friedens- und Freiheits-Kongress zu wählen, ferner die Haltung der Partei zu den nächstkünftigen bayerischen Landtagswahlen zu besprechen. Sämmtliche Fragen wurden mit großer Einheißigkeit erledigt, darunter auch die des allgemeinen Stimmrechts mit geheimer Abstimmung, für welches man grundsätzlich eintreten müsse, wenn auch dessen erste Frucht vielleicht den Ultramontanen zufalle. Anlangend die Südbundfrage wurde nach mehrstündiger ernster Berathung in Anbetracht, daß ein fürklicher Südbund mit dem demokratischen Prinzip unvereinbar, ein demokratischer Südbund zur Zeit unerreichbar, daß eine zeitgemäße Umgestaltung Gesamtdeutschlands nur von allen Deutschen erzielt werden könne und müsse, und jede Scheidewand zwischen nord- und süddeutscher Demokratie fernzuhalten sei, eine Agitation für obigen Gegenstand mit 32 gegen 19 Stimmen abgelehnt. (Wir können über letztern Beschluß nur unsere Freude ausdrücken, und glauben zu der Erklärung berechtigt zu sein, daß die Demokratie Sachsens in Beurtheilung des Südbundprojekts nahezu einstimmig ist. D. R.)

Zwei Einsendungen, betreffend die „Gartenlaube“ und den in derselben Richtung thätigen „Volksaufklärer“ Ulrich mußten aus Mangel an Raum für die nächste Nummer zurückgestellt werden. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

Der Stuttgarter „Beobachter“ bringt folgende Mittheilung: Versammlung der deutschen Volkspartei. Der in Bamberg im Dezember vorigen Jahres eingesetzte geschäftsführende Ausschuß der deutschen Volkspartei hat durch Circular vom 13. August die Mitglieder der Partei zu einer Delegirten-Versammlung auf den 19. und 20. Sept. d. J. nach Stuttgart eingeladen. Die erste Sitzung findet am 19. Sept. Vormittags 10 Uhr im Lokale der Liederhalle statt. Zur Theilnahme an den Abstimmungen sind nur Delegirte, zur Theilnahme an der Versammlung nur Partei-Mitglieder oder eingeführte Gäste berechtigt.

Anfragen und Mittheilungen sind zu richten an den Schriftführer des Ausschusses, Herrn B. Brückmann, Olgastraße 69B in Stuttgart.

Karl Marx hat an die jetzt in Hamburg tagende Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, zu der er eingeladen war, nachstehendes Schreiben gerichtet: „London, 18. Aug. 1868. An den Präsidenten und Vorstand des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Zum Abschluß der Vorarbeiten für den Brüsseler Congress ist eine Sitzung der Exekutivkommission des Generalraths der Internationalen Arbeiter-Assoziation auf den 22. Aug. anberaumt und eine Plenarsitzung des Generalraths auf den 25. Aug. Da ich für beide Tage mit Berichterstattung beauftragt bin, finde ich mich außer Stande, der ehrenvollen Einladung zur Theilnahme an dem Kongress des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Hamburg nachzukommen. Ich sehe mit Freuden, daß das Programm Ihres Kongresses die Punkte festgesetzt hat, welche in der That die Ausgangspunkte aller ersten Arbeiterbewegungen bilden müssen: Agitation für volle politische Freiheit, Regelung des Arbeitstags und planmäßige, internationale Kooperation der Arbeiterklasse in der großen weltgeschichtlichen Aufgabe, welche sie für die ganze Gesellschaft zu lösen hat. Glück auf zum Werke! Mit demokratischem Gruß Karl Marx.“

Den Delegirten der Arbeiterpartei in Oesterreich ist von Herrn Hartung folgendes Programm für den nächsten Arbeitertag vorgelegt worden:

„Die sozial-demokratische Partei bezweckt auf friedlichem und geselligem Wege lediglich durch die Macht der öffentlichen Ueberzeugung die vollständige Gleichberechtigung aller Staatsbürger, und zwar in politischer Beziehung durch die Herstellung des freien Staates vermittelt der Einführung des allgemeinen direkten Wahlrechts für alle Vertretungskörper und in sozialer Beziehung durch den Selbstgenuß des Ertrags der Arbeit des Einzelnen mittels Produktiv-Assoziationen gefördert durch den freien Staat. In internationaler Beziehung tritt die sozial-demokratische Partei für das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein. Demgemäß werden zunächst von der sozial-demokratischen Partei folgende Forderungen gestellt und mit allen geselligen Mitteln erstrebt: 1) Unbeschränktes Vereins- und Versammlungsrecht einschließlich der Koalitionsfreiheit. 2) Vollständige Pressfreiheit. 3) Allgemeines direktes Wahlrecht für alle Vertretungskörper. 4) Vollständige Religionsfreiheit. 5) Abschaffung der stehenden Heere. 6) Einführung der allgemeinen Volksebewaffnung. Die Partei macht es schließlich zur Aufgabe, zum Zwecke der Verbreitung allgemeiner Volksbildung in allen Theilen Oesterreichs Vereine zu gründen.“

Der Borort der Deutschen Arbeitervereine wird dem Vereinstage zu Nürnberg folgende Anträge zur Annahme vorschlagen:

„Der zu Nürnberg versammelte fünfte deutsche Arbeitervereinstag macht das Programm der internationalen Arbeiter-Assoziation zu dem seinigen und erklärt in Uebereinstimmung mit demselben:

- 1) Die Emancipation (Befreiung) der arbeitenden Klassen muß durch die arbeitenden Klassen selbst erkämpft werden. Der Kampf für die Emancipation der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Monopole, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft.
- 2) Die ökonomische Abhängigkeit des Mannes der Arbeit von dem Monopolisten (dem ausschließlichen Besitzer) der Ar-

beitswerkzeuge bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, des sozialen Elends, der geistigen Herabwürdigung und politischen Abhängigkeit.

- 3) Die politische Bewegung ist das unentbehrliche Hilfsmittel zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.

Ferner in Erwägung:

daß alle auf die ökonomische Emancipation gerichteten Anstrengungen bisher an dem Mangel der Solidarität (Vereinigung) zwischen den vielfachen Zweigen der Arbeit jeden Landes und dem Nichtvorhandensein eines brüderlichen Bandes der Einheit zwischen den arbeitenden Klassen der verschiedenen Länder gescheitert sind; daß die Emancipation der Arbeit weder ein lokales, noch ein nationales, sondern ein sociales Problem (Aufgabe) ist, welches alle Länder umfaßt, in denen es moderne Gesellschaft giebt, und dessen Lösung von der praktischen und theoretischen Mitwirkung der vorgeschrittenen Länder abhängt; beschließt der fünfte deutsche Arbeitervereinstag seinen Anschluß an die Bestrebungen der Internationalen Arbeiter-Assoziation.

Der Geschäftsbericht des Leipziger Consumvereins pro 1867/68 läßt die vortheilhafte Wirkung der Grundsätze dieser Genossenschaft: den Gewinn nach Verhältnis des Verbrauchs zu vertheilen und zur Vergrößerung der Genossenschaft aufzuspüren, deutlich erkennen.

Die Genossenschaft zählte am 1. Juli vorigen Jahres 160, am 30. Juni dieses Jahres 645 Mitglieder.

Die Jahres-Rechnung, der wir folgende Zahlen auszugsweise entnehmen, schloß mit einem

	Thlr.	Ngr.	Pf.
Kassenbestand von	527	20	3
Mitgliederbeiträge vereinnahmt	724	19	—
Waaren verkauft für	20,100	27	6
gegen 3895 Thlr. 8 Ngr. 2 Pf. des vorigen Jahres.			
Der Waarenbestand betrug bei der Inventuraufnahme	2,030	2	3
Die Spesen berechnen sich auf	987	28	3
gegen 444 Thlr. 13 Ngr. 3 Pf. des vorigen Jahres.			
Der Reingewinn endlich nach Abzug der Tantiemen auf	809	3	4
gegen 243 Thlr. 28 Ngr. 5 Pf. des vorigen Jahres.			
Hierdurch steigert sich das eigene Vermögen der Genossenschaft auf	2,006	1	—
gegen 1196 Thlr. 27 Ngr. 6 Pf. des vorigen Jahres.			
Dem Reservefond floßen zu	83	10	—
Der Inventarwerth beträgt	632	10	2
gegen 218 Thlr. 1 Ngr. 6 Pf. des vorigen Jahres.			
Die Forderungen an die Genossenschaft betragen	958	2	8

Weiter ist aus dem Geschäftsbericht hervorzuheben, daß die Mitgliederzahl und der Waarenumsatz nicht nur von Monat zu Monat gewachsen, sondern daß sich der Verbrauch an Waare pro Kopf von 2,8 Thlr. auf 4,9 Thlr. erhöht, daß also bei den Mitgliedern die sehr richtige Erkenntniß Platz gegriffen hat: möglichst viele Bedürfnisse bei der Genossenschaft

zu entnehmen, um einen möglichst hohen Nutzen von derselben zu haben.

In der am 19. dieses Monats abgehaltenen Generalversammlung genehmigten die Genossenschaften auf Vorschlag der Verwaltung auf 100 Thlr. Marken-Entnahme eine Rückvergütung von 5 Thalern. Ferner ward die Verwaltung beauftragt: auf Grund des Gesetzes vom 18. Juni 1868 für den Verein die Rechte einer juristischen Person als „Genossenschaft mit beschränkter Haftbarkeit“ zu erwerben; über zwei weitere Gegenstände der Tagesordnung aber, Gründung eines eigenen Kohlengeschäftes und Errichtung einer zweiten Verkaufsstelle (Filiale), wurde der vorgeschrittenen Zeit wegen Vertagung bis zum 27. dieses Monats beschlossen.

In Glauchau fand am 19. dieses Monats eine außerordentliche Versammlung des dortigen Arbeiter-Fortbildungvereins statt, um über Programmfrage und Besetzung des Nürnberger Vereinstages schlüssig zu werden. Da der Verein noch unter der Vormundschaft der Bourgeoisie steht, die denn auch die Mehrheit des vorbereitenden Ausschusses bildete (14 Nationalliberale gegen 2 Mitglieder der Volkspartei), so war mit ziemlicher Gewißheit vorauszusehen, daß das Resultat gegen die Interessen der Arbeiter selbst ausfallen würde. In dessen lieferte auch diese Versammlung wieder einen Beweis, daß es mit der Herrschaft der Nationalliberalen in Glauchau zu Ende geht. Der von ihnen erfochtene Sieg war nur ein halber und auch so wurde er nur mühsam erungen durch das nationalliberale Mittel der Intriguen und Verdächtigungen. Die Verdächtigungen der Demokratie sind so gemein geworden, wie Brombeeren; es lohnt daher gar nicht mehr der Mühe, darüber noch ein Wort zu verlieren. Eine große Rolle spielte von Seiten der nationalliberalen Redner die Drohung mit der Polizei, wenn sich der Verein auch mit politischen Angelegenheiten beschäftigen sollte, wie die Erklärung des nationalliberalen Vorstandes, vom Amte zurückzutreten und dadurch das Sommerfest des Vereins zu vereiteln, welches auf der Tagesordnung stand. Dadurch gelang es, die jungen, noch unerfahrenen Mitglieder zum Theil zu gewinnen. Dagegen scheiterte der Versuch, die Angelegenheiten des Nürnberger Vereinstages nur so nebenher als letzten Punkt der Tagesordnung zu behandeln. Der Vorstand wurde gezwungen, diese Angelegenheit zuerst zur Berathung zu stellen und sein Antrag, dem nationalliberalen Deputirten von Chemnitz auch die Vertretung des Glauchauer Arbeitervereins in Nürnberg zu übertragen, erlitt eine vollständige Niederlage. Der Verein beschloß, neutral zu bleiben und den Nürnberger Tag nicht zu beschicken. Wie unsicher die Nationalliberalen bereits den Boden unter ihren Füßen fühlen, erhellt am deutlichsten daraus, daß die von ihnen vorgeschlagenen und angenommenen Resolutionen, welche ihre Spitze gegen die Betheiligung der Arbeiter an der Politik kehren, „die Prinzipien des Programms der Internationalen Arbeiterassoziation anerkennen und als Richtschnur für die Thätigkeit der Arbeitervereine betrachtet wissen wollen.“

Die angegebenen Gründe aus welchen die Arbeiter sich der Theilnahme an der Politik enthalten sollen, bieten eben so viele Unrichtigkeiten wie Widersprüche und Spitzfindigkeiten dar. Vorläufig nur ein paar Bemerkungen darüber. Zunächst schlägt es der Geschichte geradezu in das Gesicht, wenn behauptet wird, daß alle politischen Neugestaltungen unter Theilnahme aller Klassen der Gesellschaft vor sich gegangen seien. Im Gegentheil sind sie nur das Werk der privilegierten Klassen, des Adels und der Geistlichkeit, zu denen sich seit der ersten französischen Revolution die Bourgeoisie gesellte. Das Volk wurde immer nur benützt, um für diese die Kastranen aus

dem Feuer zu holen. Diese Herrschaft der privilegierten Klassen zu beseitigen und eine Gleichberechtigung aller Klassen herzustellen, das ist eben der Zweck der Demokratie. Kein denkender Arbeiter kann heute noch glauben, daß ihm Graf Bismarck und die Arbeitgeber die gebratenen Tauben in den Mund stecken werden, wenn er nur fein artig ist und sich nach wie vor geduldig scheeren läßt. Er wird wohl einsehen, daß er selbst die Hände regen muß, wenn es mit seiner erbärmlichen Lage besser werden soll. Die Befreiung der Arbeiter von der doppelten Bevormundung und Unterdrückung durch die Polizeistaatsgewalt und das Kapital kann nur von den Arbeitern selbst durchgeführt werden, indem sie jede politische Bewegung benutzen, um dort Einfluß zu gewinnen, wo bisher, ohne sie zu hören, über ihr Geld in der Form von Steuern, über ihr Blut in der Form des Militärdienstes und über die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft durch das Kapital endgültig beschlossen worden ist. Oder haben es die Arbeiter in Amerika etwa durch ihre Enthaltung von der Theilnahme an der Politik erlangt, daß dort die Arbeitszeit auf täglich 8 Stunden durch das Gesetz festgesetzt worden ist? Eben weil die Arbeiter bisher sich nicht haben dazu aufraffen können, manhaft ihr Recht zu fordern; weil sie nicht einträchtig zu einander stehen, darum sind bis jetzt, nicht wie die Glauchauer Resolutionen sagen, „die Erfolge in sozialer Hinsicht gering und zweifelhaft“, sondern sie sind in Deutschland gleich Null und werden es bleiben, so lange die Arbeiter aus Furcht vor der despotischen Gewalt der Arbeitgeber die Hände in den Schooß legen. Um die Bildung einer „eigenen politischen Partei“, wie die nationalliberalen Resolutionen behaupten, handelt es sich gar nicht, und ist davon in dem Programm der Internationalen Arbeiterassoziation auch nirgend die Rede. Nur darum handelt es sich, daß die Arbeiter als Klasse sich ihrer Interessen bewußt werden, und in festgeschlossenen Gliedern ihren Segnern gegenüber treten. Sie sollen sich bewußt werden, daß sie nicht eher die Früchte ihrer Arbeit genießen können, als bis es ihren vereinten Anstrengungen gelungen ist, das auf die gegenwärtigen Regierungssysteme sich stützende Monopol der Arbeitgeber zu brechen und den Regierungen selbst eine Politik unmöglich zu machen, welche den Schatz und das Blut des Volkes in Kriegen und Raubzügen vergeudet. Wer den Arbeitern sagt, daß sie, ohne diese Hindernisse zu beseitigen, zu „Freiheit und Wohlstand“ gelangen können, der ist entweder ein Dummkopf, oder ein Lügner im Interesse des Polizeistaats und der Bourgeoisie, welche beide die Arbeiterklasse in ihrer gegenwärtigen Knechtschaft zu erhalten streben.

Aus Ernstthal schreibt man uns: „Die Krankenunterstützungskasse der Webergesellen wurde hier wie an anderen Orten Sachsens bis zum Jahr 1861 nach dem Mandat vom 7. Dezember 1810 verwaltet; die Gesellen hatten aus ihrer Mitte eine Deputation, welche mitberathen und beschließen durfte, es wurde auch alle Jahre vor sämtlichen Contribuenten Rechnung abgelegt, und wir hatten trotz der Ausfälle in den Beitragszahlungen der Betheiligten doch immer Kapital sowie Inventarvermögen aufzuweisen. Als nun das neue Gewerbegesetz dem Zunftwesen Schranken setzte, so fingen die Gehülfen an, sich zu regen, die in Betreff ihrer Krankenunterstützungskassen unter der Vormundschaft der Innungen standen; da gefiel es plötzlich dem Gemeinderath, der Sache dadurch ein Ende zu machen, daß er so zu sagen durch einen Gewaltakt ohne Wissen und Willen der Innung sowie der Gesellen letztere zwang, der städtischen Krankenkasse beizutreten. Dieses geschah im Anfang des Jahres 1867; ein Jahr zuvor war uns die letzte Rechnung vorgelegt worden, wobei sich er-

geben hatte, daß ein Bestand von 100 Thlr. baar, eben so viele Außenstände, sowie verschiedenartige Utensilien vorhanden waren. Das neue System bestand über ein Jahr unter stetem Unwillen der Betheiligten, welcher selbstverständlich hervorgerufen wurde einestheils durch das einseitige Vorgehen des Gemeinderaths, andernteils durch die inhumane Verwaltung sowie Unordnung in Formen und Wesen der Krankenpflege. Ueber ein Jahr lang wurden Contribuenten kassirt ohne Statuten, und wenn ein Mitglied nach den Statuten fragte, so wurde ihm vom Herrn Kassenverwalter, Namens Ebersbach, die Antwort: Es giebt keine! In der Krankenpflege ist es vorgekommen, daß der Arzt erst durch die Polizei sollte vermahnt werden, sich seiner Pflicht zu unterziehen; ferner wurden Mitglieder aus der Kasse ausgelassen, und gehören einer bürgerlichen Krankenunterstützungskasse an, was ungesetzlich ist, da ihnen diese Kasse in Krankheitsfällen nur eine Geldunterstützung und keine vollständige Verpflegung sowie auch eventuell keine Begräbniskosten gewährt. Alles dieses brachte natürlich eine große Verwirrung unter den Betheiligten hervor; es kam endlich zum Bruch, und vier Genossen stellten dem Obersten der Weberinnung, Herrn Vogel, vor, daß es das größte Unrecht sei, so zu handeln, und daß die Gesellen den größten Nachtheil hätten, worauf derselbe einfach erwiderte: Nun, Sie können nicht immer Vortheil davon haben! Er versprach schließlich, sich der Sache anzunehmen. Wir sahen aber bald, daß kein ernstere Wille dabei war, und wandten uns an die königliche Kreisdirektion zu Zwickau mit einem Bittgesuch. Jedoch es vergingen Monate ohne Resultat. Da endlich berief ganz unerwartet der Herr Oberste eine Generalversammlung der Weberinnung ein, wobei auf der Tagesordnung auch unsere Angelegenheit zur Berathung aufgestellt war. Demzufolge richteten wir eine Zuschrift an die Versammlung, wurden aber mit dem Bescheid abgefertigt, daß die Zuschrift nicht auf der Tagesordnung stehe (!), mithin nicht vorgelesen werden könne, — ein Verfahren, das sich selbst brandmarkt. Bei dieser Versammlung verlas Herr Bürgermeister Stokmar das Statut der städtischen Krankenkasse, welches, wie er sagte, von dem König sollte gesehen und genehmigt worden sein, also ohne den Willen der Betheiligten, da vorher niemals von einem Statut die Rede gewesen war! Die Angelegenheit mußte schließlich vertagt werden, weil kein Beschluß zu Stande kam. Jetzt berief ein Mitgenosse im Auftrage der größeren Mehrzahl Webergesellen eine Versammlung derselben ein, welche den Beschluß faßte, daß neue Statuten nach dem Grundsatze der Selbstbestimmung zu entwerfen seien, und zu diesem Behufe einen Ausschuß von 6 Mitgliedern ernannte. Derselbe handelte dem Auftrage gemäß, entwarf Statuten, ließ sie in einer zweiten Versammlung beraten und reichte sie bei der Behörde ein. Inzwischen wurde durch zwei amtlich einberufene Versammlungen der Weberinnung über uns verhandelt, als wie über eine Waare, die man zu Markte bringt: die Weberinnung sollte, ohne daß die Gründe erläutert wurden, abstimmen, ob sie die betreffenden Gesellen an die Stadtkasse „abgeben“ wolle oder nicht? Die Gesellen auch nur zu befragen, hielt man nicht für nöthig. Aber die Mehrzahl der Mitglieder zeigte sich konsequent, und es wurde die Uebergabe an die Stadtkasse von der Majorität abgelehnt. Da auf diesem Wege nichts zu erzielen war, so wurden nun andere Mittel in Anwendung gebracht, und der Antrag gestellt, die Gesellen sollten 2 Vertreter zur Verwaltung der Stadtkrankenkasse aus ihrer Mitte wählen, welche Sitz und Stimme haben sollten. Aber die meisten Mitglieder verließen das Lokal. Da es nun nicht anders ging, wurden endlich der oben erwähnte Ausschuß der Gesellen angegangen; der Herr Bürgermeister machte die Mitglieder desselben

mit dem Antrag bekannt und fragte nach ihrer Meinung. Sie mußten aber nach ihrer Ueberzeugung den Antrag ablehnen, einestheils, weil sie nicht zur Annahme ermächtigt waren, andernteils, weil der Antrag nicht annehmbar war, indem die Vertreter der Gefellen stets bei den Beschlußfassungen in der Minorität bleiben würden. Dank dem Fortschritt der Zeit ist Zwangszunftsweisen in die Rumpfkammer geworden, und die Selbstbestimmung den Arbeiten in solchen Angelegenheiten durch das Gesetz gewährt, und wir machen entschieden auf dieses Recht Anspruch. Wir können uns nur wundern, daß Männer, welche angeblich dem Fortschritt und der freiheitlichen Entwicklung huldigen, sich geradezu dagegen stemmen. Was uns aber betrifft, so halten wir fest an unserm Recht, und werden nicht eher ruhen, als bis wir es voll erkämpft haben.

Der Stuttgarter Arbeiter-Bildungs-Verein hat seinen Austritt aus dem Gauverband der württembergischen Arbeitervereine angezeigt weil ihm derselbe zu — demokratisch ist.

In Württemberg steht ähnlich wie in Sachsen, sämtliche Arbeitervereine mit Ausnahme von zwei sind demokratisch, kein Wunder also, wenn sich der National-Liberalismus nicht wohl fühlt.

„Das Kapital.“ Kritik der politischen Oekonomie von Karl Marx. Hamburg 1867.

(Fortsetzung.)

Wenn die Sache einen Kopf hätte und reden könnte, würde sie ihr Wesen ungefähr folgendermaßen expliciren: Ich, der Produktionsprozeß überhaupt, mit Hilfe der guten Mutter Natur Erzeuger aller menschlichen Bedürfnisobjekte, bin so alt und unvergänglich wie das Menschengeschlecht selbst. Jedoch bin ich, wie alles Irdische, dem Wechsel unterworfen. Ich erscheine in mannigfaltiger Form, als Wirthschaft des vereinzelt Individuums, als Familienwirthschaft, als Gemeinbearbeit, als Sklavenarbeit, als zünftige oder als „freie“ bürgerliche Wirthschaft u. s. w. Volkswirthschaft aber war ich noch niemals, weil nie noch das Volk gewirthschaftet hat, sondern immer ist bewirthschaftet worden. Wenn ich auf meinen geschichtlichen Verlauf zurückblicke, erkenne ich wohl, daß ich meine große moderne Kraft und Produktionsfähigkeit der Entwicklung zu danken habe, welche aus vereinzelt Arbeiten eine solidarische gesellschaftliche Arbeit gemacht hat. Doch in dem Augenblick, wo ich so im Vollgenuß meiner Macht schwelge, werde ich zugleich gewahr, daß das Menschengeschlecht anfängt über mich mächtig zu werden. Bis hier habe ich die Völker mehr und mehr gebraucht und verbraucht, mir zu dienen. Zuerst habe ich die Arbeit mit der Peitsche des Slavenhalters organisiert. Als dann die Besitzer die mittelst ihrer Völker erzeugten Produkte nicht alle zu konsumiren vermochten, und also meiner ferneren Entwicklung eine Störung drohte, versammelte ich die herrschenden Mächte der Menschheit, und erklärte ihnen, daß es möglich sei, ihre Genüsse zu vergrößern, wenn Alle ihre verschiedenen überflüssigen Produkte zu Markt brächten und dort das Gesamtprodukt als Produkt einer gemeinschaftlichen oder genossenschaftlichen Arbeit betrachten wollten, welches alsdann nach dem Maß der daran verbrauchten Arbeitszeit zu vertheilen sei. So solle z. B. der Wein, den ein römischer Sklave in gewisser Zeit, in einem Tage, einer Woche oder einem Jahre produziert habe, Aequivalent sein für die Korinthen, welche der Sklave des Griechen in derselben Zeit erzeugte. Um das wirthschaftliche Interesse noch höher zu spornen, machte ich die Klausel, daß nicht die wirkliche Zeit gelten solle, welche zur Darstellung eines Produkts hin und

wieder verbraucht worden, sondern der Werth bestimmt durch die Durchschnittszeit, welche dasselbe der Gesellschaft nothwendig kosten müsse.

Auf den Widerspruch hin, daß Arbeit und Arbeit zweierlei ist, daß künstliche gegenüber ordinärer Arbeit billigerweise einen größeren Werth beanspruche, daß es demnach unbillig sei, den Werth nur nach der Zeit zu bestimmen, machte ich plausibel, daß sie als Leute von Kopf diese Verschiedenheit leicht ausgleichen können, wenn die verschiedene Arbeit, wie verschiedene Brüche in der Arithmetik, vorher gleichnamig gemacht sei. Gebe man allen, auch den komplizirtesten Schöpfungen, den allgemeinen Renner „einfache Durchschnittsarbeit“, so möge Tagewerk von Abel z. B. davon 2 und das Tagewerk von Cain nur 1 gelten, ohne deshalb gegen die Idee zu verstoßen, den Werth aller Dinge nach der durchschnittlichen Zeitdauer zu berechnen, welche ihre Herstellung der Gemeinschaft kostet. Und liefere die kopflose Gemeinschaft dann zu viel von dieser oder zu wenig von einer anderen Waarenart, so sei dem Einzelnen die gelieferte Arbeitszeit gleich zu rechnen der Arbeitszeit, welche die Gesellschaft zur Erzeugung des nöthigen Quantum bedürfe. Kurz, ich erfand den Tauschwerth, d. h. die Berechnung der Arbeit des Einzelnen in gemeinschaftliche Durchschnittsarbeit.

Es war das ein wesentlicher Fortschritt, aber mich damit zufrieden geben durfte ich nicht. Ich wollte und will immer noch größer, reicher sein. Aus diesem Grunde erschuf ich ein zweites wesentliches Mittel meiner Ausdehnung: das Geld. Dertart löste ich die widerspruchsvolle Aufgabe, selbstständige Privatwirthschaften als eine organisierte Sozialwirthschaft fungiren zu lassen, mit einer besonderen Materie, welche widerspruchsvoll allgemein gilt oder Geld ist.

Als die Oekonomie so weit politisch organisiert war, konnte ich die detaillirte Pflege dem Menschen überlassen. Die Privatinteresse war ja mit dem Interesse der Gesellschaft geschickt verbunden. So hat man denn auch mich gründlich protegiren gelernt. Um meinethwillen wurde den Sklaven zuerst die halbe und dann auch die ganze Freiheit geschenkt. Sie wurden in hörige und schließlich auch in „freie“ Arbeiter verwandelt. Die Wirthschaft nahm eine antike, eine feudale, eine klein- und großbürgerliche, eine zünftige und kapitalistische Form an, wurde schutzjöllnerisch und freihandelig, alles das, nachdem es mein Zweck, die Wirthschaftlichkeit, erforderte. Für mich ist der Mensch in den Krieg und auf Entdeckungsreisen gegangen, hat er Knechtschaft und Freiheit erfunden, studirt und gearbeitet, geforgt und gespart und Kapitalien gesammelt, die Wirthschaften bald detaillirt und parzellirt, bald konzentriert und vergrößert. Doch war jede Veränderung ein Fortschritt, immer wurde ich, der Produktionsprozeß, mächtiger, größer, reicher, einträglicher. Ich habe so weit dominirt, daß ich von mir sagen darf, die Geschichte meiner Entwicklung war identisch mit der geschichtlichen Entwicklung der Menschheit. Und je mehr ich mich der Gegenwart näherte, je evident ter wird die Wahrheit dieses Satzes. Ja, so evident ist sie geworden, daß die Menschheit stutzt und anfängt zu fragen: Bin denn ich, der Mensch, für den Produktionsprozeß da, oder ist nicht umgekehrt der Produktionsprozeß für mich?

(Fortsetzung folgt.)

Aus Deutsch-Oesterreich.

Wien, den 24. August.

Alles ist längst vorüber: Fest und Festekrausch, die Wonne jener Freudentage und das Wehe des Scheidens, und mit ihnen alle jene Empfindungen, wie sie ein Volk durch

zittern können in den gehobenen Augenblicken der poetischen Erkenntniß seines Werthes; geblieben ist uns nur die rauhe Wirklichkeit mit ihren schwachen Hoffnungen, mit ihren oft trostlosen Kämpfen für die wahrhaft gute Sache, mit der hochstehenden Arbeiterbewegung und der in voller Ebbe befindlichen Bewegung behufs Organisirung der deutschen Volkspartei in Oesterreich. Bei dem geringen Verständniß, das heute, und wer kann sagen wie lange noch, das Gros der Bevölkerung auf dem Felde der Politik wie des gesellschaftlichen Lebens entgegenbringt, muß man wohl das rasche Aufklatern von Selbstgefühl — und in Hinblick auf das reiche und rasche Gefühlleben des Oesterreichers erscheint man dazu auch berechtigt —, das sich bei Gelegenheit des Schützenfestes kundgethan: als eine nur „poetische Erkenntniß“ bezeichnen. Erst von dem Augenblick an, von dem diese Erkenntniß des eigenen Werthes: daß man in jeder Lebensrichtung fähig ist seinen Mann zu stellen und man zugleich so berechtigt wie verpflichtet dazu erscheint, erst von dem Augenblick an wird sich die poetische Erkenntniß in eine tiefe Verstandes-Erkentniß verwandeln; und die Träume unserer weitdenkenden Männer haben von dann an erst Aussicht auf sichere Umsetzung ihrer idealen Bestrebungen in reale Verhältnisse. — Es scheint heute in und außerhalb Oesterreichs zum phrasenhaften Dogma geworden zu sein, Oesterreich als das „Asyl der Freiheit“ und die „neue Aera“ als eine „Sonne des Glücks“ anzusehen. Niemand wird leugnen, daß der Metzerische Staat aufgehört hat, daß die Noth auch hier das strengste Gebot zum Besserwerden abgab, und daß in der That Manches anders, Manches besser geworden ist; aber daß man bei der Obsorge um die Nichtverletzung sogenannter berechtigter Antiquitäten und Institutionen nur halb den Weg zurücklegt, der allein zum Heil und Ziel führt; daß man in steter Verzückung der Strömungen in den sogenannten höheren Kreisen jedes Mittel, das man zur Heilung der tausendfachen Schäden unseres Staatsorganismus gebraucht, nur zur Hälfte anwendet; daß man bei allem Reichthum an wohlmeinenden Phrasen vergißt, daß jeder Mensch, sei er auch noch so arm, als Mensch schon mit gewissen unveräußerlichen Rechten, wozu insbesondere das Recht des unbehinderten Kampfes um ein besseres Dasein rechne, geboren wird; daß man endlich glaubt, als die Besten und Einzigen dazustehen und als solche eigenmächtig eingreifen zu können in die Speichen des rollenden Wagens der Zeit: das alles muß unseren Regierungsmännern zum vollen Vorwurf gemacht werden und wird — mögen sie es sich gesagt sein lassen — sie und Oesterreich verderben. Die Zeit ist vorüber, wo man dem Volke seine Bahnen vorschreiben konnte; ahnend nur, geht es doch seine eigenen Wege, und begreift man diese nicht, oder hat man nicht den Muth, sich an die Spitze der menschheitbewegenden Gedanken zu stellen, so wird die Geschichte richtend und strafend über die hinweggehen, welche die Zügel führen, ohne vom Geiste dazu berufen zu sein. Wer weiß, wo sie Euch noch hinstipiren wird, Giskra und Herbst! und ob Ihr nicht Coryphäen sein werdet in dem Räuel der politischen Halbwelt, und ob nicht Euerer Träume von Rettung für Oesterreich und Ruhm für Euch in Untergang und Zerfall des Reiches und etwaiger Schande ob Eurer Schwäche ausarten dürften? Heute, in der Zeit des Friedens und der Ruhe, verbietet Ihr ein Arbeiterverbrüderungsfest, weil Ihr in dem neuen aristokratischen Viertel zu viel Blousen und ein höchst unaristokratisches Schauspiel zu sehen fürchtet, weil Ihr vor Tendenzen bangt, die heute über das Ziel hinausgehen, morgen aber schon, von einem ordnenden Geiste gestoppt, die Parole für ein Jahrhundert abgeben können; heute aber auch bangt Ihr davor, dem fedden Clerus einfache Befolgung der Gesetze zur Pflicht zu machen und diese Gedanken,

die Euch zu dem erhoben, was Ihr seid, den verwegenen Uebergriffen einer tollkühnen Hierarchie gegenüber einfach zur Geltung zu bringen. — Die Ehescheidungsakten werden zwar von den geistlichen Gerichten entschieden verweigert, aber nachdem ein Cardinal Kauscher die Spitzen der Botivkirche eingesegnet, erscheinen alle hier anwesenden Herren Minister aus Freude über das große Ereigniß pflichtgemäß zum Diner bei demselben Cardinal, der erst vor kurzem alle Die mit den strengsten Kirchenstrafen bedrohte, welche den neuen confessionellen Befehlen nach zu leben beabsichtigen sollten, und vor dem Stuhle des Gewissens die Staatsgrundsätze als nicht bindend erkannte. — Wir wollen sehen, wohin uns diese Herren, die jetzt auch schon herzlich gern Ordentregen zur Erquickung ihrer eigenen Stützen herabströmen lassen, endlich führen werden. Ich fürchte, zu nichts Gutem.

Vor der Hand muß sich ihre und der deutschen Partei Stärke in Böhmen bezeugen. Als daselbst am 22. d. M. der Landtag eröffnet wurde, übergaben 81 Abgeordnete czechischer Nation eine Denkschrift, worin ihr Ausbleiben von den Sitzungen motivirt wird. Diese Schrift ist nicht geringer anzuschlagen als die bekannten Hirtenbriefe, insbesondere da sie beide ein und dasselbe negiren. Da heißt es denn unter anderm: „Namentlich stand die Krone Böhmens mit den zugehörigen Ländern nie in einer Real-Union mit irgend einem österreichischen, geschweige mit einem cisleithanischen Staate. . . . Kein außerböhmischer Repräsentativ- oder Administrativkörper, also auch nicht der cisleithanische Reichsrath und auch keine Delegation, mit alleiniger Ausnahme einer selbstständigen Delegation der Länder der böhmischen Krone, welche mit Rücksicht auf die gemeinsamen Angelegenheiten der ganzen Monarchie von den Landtagen der böhmischen Länder dazu ordentlich bevollmächtigt wären, kann für dieses Königreich weder einen bestimmten Theil der Schuld des ganzen Reiches übernehmen, noch demselben rechtmäßig Steuern auferlegen, oder dasselbe in welcher Art immer rechtmäßig verbindlich machen.“ —

Ähnliche Separationsgelüste hat eine mit den Czechen gemeinsame Sache machende Partei des galizischen Landtages, indem gleich in seiner Sitzung Dr. Smolka beantragte: Man möge den vorjährigen Beschluß zur Bescheidung des Wiener Reichsrathes zurückziehen, sowie von Seite der galizischen Reichsrathsabgeordneten sämtliche Mandate niederlegen.

Nun wir wollen sehen was da weiter geschieht. Vielleicht stöten auch bald die Slovenen in Laibach ihr Extrastückchen, die schwarzen Brüder in Innsbruck ihren glaubensstarken Duddelfack und das ganze liebliche österreichische Landtagsconcert wird zu einer herz- und nervenstärkenden Ragenmusik.

Aus England.

London, den 24. August.

Die Demonstration der „Gott-, König- und Vaterlandspartei“ am vorigen Montag war ein großes Fiasco. Seit Wochen war London und seine Umgebung mit Plakaten bedeckt, welche mit Feuerzungen zu den Freunden und Unterstützern des Throns, der Konstitution und der protestantischen Kirche sprachen und sie aufforderten, sich am besagten Montag zu Tausenden und Zehntausenden im Crystall-Palast einzufinden. Auch fehlte nicht die Lockspeise, daß irgend ein notorischer Lord den Borsitz führen werde. Der große Haufen läuft zuweilen Meilen weit, um, wie die vernünftigeren Engländer sagen, „einen lebendigen Lord“ sprechen zu sehen, denn verstehen kann ihn die Masse nicht. Das Englische, welches wenigstens 90 von 100 dieser erhabenen Herren sprechen, ist der kräftig ausdrucksvollen Sprache der gebildeten Arbeiter gerade so äh-

lich wie ein Esel dem Rennpferd. Große Geldsummen wurden geopfert, den Erfolg zu sichern. Der Herzog von Portland gab allein 2000 Pf. St. Agenten schwärmten überall bei den Arbeitern herum, um sie zur Theilnahme an der „Riesendemonstration“ zu bewegen. Freie Fahrt und Eintritt, freie Zeche, Alles wurde versprochen unter der einzigen Bedingung, das blaue Band — die Farbe der Reaktion — im Knopfloch zu tragen. Aber, wie sich herausstellte, Alles war vergebliche Mühe. Es fanden sich höchstens 2000 Personen ein. Um den guten Willen der englischen Aristokratie gegen die anders glaubenden Irländer über allen Zweifel zu erheben, hatte man für die erste Rede denselben Advokaten erwählt, der im Auftrage des Ministeriums die jüngsten Fenier-Verfolgungen leitete. Seine Rede bestand in alten abgedroschenen No popery- (Kein Pabstthum) Phrasen und Schimpfworten gegen die Liberalen. Sein Nachfolger fragte, ob je ein Mensch ein Volk gesehen habe, das glücklich gewesen sei, ohne Gott anzuerkennen? Der Redner sagte: „lieber sterben in der Vertheidigung der Wahrheit als ohne dieselbe gedeihen, oder mit den Abtrünnigen gemeinsame Sache machen.“ Er sprach die Befürchtung aus, daß die Sache nicht friedlich enden werde und daß ein Bürgerkrieg bevorstehe. Der dritte Redner — eines von den Zwittergeschöpfen, die, ohne Landeigenthümer zu sein, ihren englischen Haß gegen Alles was irisch ist in Irland selbst bewahren — drohte mit 20—30,000 bewaffneten Männern, wenn es eine Parlaments-Majorität wagen sollte, die Staatskirche in Irland abzuschaffen u. s. w.; kurz die Conservativen haben sich gründlich blamirt. —

Der freundliche Empfang des Kronprinzen in Irland hat jüngst seine Ergänzung gefunden in den Vorgängen in der Grafschaft Tipperary. Die Landeigenthümer tanzten in Dublin und gaben sich der Hoffnung hin, daß mit der Gefangenschaft einiger Duzend Fenier eine neue Ausaufangungsfrist gesichert sei. Sie beglückwünschten sich gegenseitig, abermals der drohenden Sündfluth der Volkswrache entschlüpft zu sein; und Herr Disraeli ging so weit, die Zustände Irlands für „befriedigend“ zu erklären. Inmitten dieses Zufriedenheitsschwindels kommt — wie ein Donnerschlag aus heiterm Himmel — die Nachricht, daß bei Ballycoohy in der Grafschaft Tipperary ein Landeigenthümer nebst einigen Polizisten gefährlich verwundet und zwei sie begleitende Personen erschossen worden sind. Die Bewohner eines Landguts in der Nachbarschaft von Ballycoohy hörten vor einiger Zeit, daß der Agent des Lord Derby besagtes Gut an einen gewissen Scully — einen benachbarten Eigenthümer — zu verkaufen beabsichtige. Die zweiundzwanzig Bauern, welche auf dem Gute wohnten, baten den Agenten, das Gut nicht an Scully zu verkaufen, jedoch erfolglos. Sobald dieser Besiß nahm, schickte er gedruckte Verordnungen an seine Pächter, die sie unterschreiben sollten, um ihnen die Gültigkeit von Pachtbriefen zu verleihen. Er verlangte, daß das Pachtgeld vierteljährlich und ein Vierteljahr im Voraus bezahlt werde, daß sich die Pächter verpflichten sollten, nach einundzwanzigtägiger Kündigung vor Ablauf des bezahlten Vierteljahrs die Höfe zu räumen, ohne irgend welchen Anspruch auf Schadenersatz für auf dem Feld wachsende Bodenerzeugnisse. Die Pächter kamen unter sich überein, nicht zu unterschreiben. Am 1. Juli war Pachttag und der ganze fällige Pacht wurde vier Pächtern anvertraut, um ihn an Scully abzuliefern. Dieser forderte sie auf, sein Dokument zu unterschreiben; sie weigerten sich, worauf er ihnen ihre Höfe kündigte. Scully beschloß nun weiter, sich seiner Pächter sammt und sonders zu entledigen, und am 11. August ging er mit seinem Verwalter, einem Hirten und vier Polizeibeamten auf

das Gut, um die Kündigungsbriefe selbst zu übergeben. Er fand die meisten Häuser leer oder verschlossen, wurde aber von Weibern und Kindern verfolgt und ausgezischt, und mußte sich endlich in eine Polizei-Kaserne flüchten, von wo er später, durch eine verstärkte Polizei-Eskorte geschützt, sich auf den Heimweg machte. Drei Tage später machte er sich wieder auf die Beine. Auf dem Gute angelangt, wurde er von einer lärmenden Menge umzingelt, welche von der Polizei nur mit Mühe zurückgehalten ward. Er ging abermals von Haus zu Haus, fand aber Niemandem zu Hause. Die Menge wurde so drohend, daß der kommandirende Polizeibeamte zum Rückzug rieth, aber Scully wollte nicht gehen, ohne wenigstens noch einen Versuch zu machen. Er war gerade bei dem Hofe angelangt, wo er erwartet wurde. Kaum war er eingetreten, so fielen mehrere Schüsse. Sein Verwalter war tödtlich verwundet, ein Polizeibeamter blieb todt auf dem Platze, andere wurden mehr oder weniger gefährlich verwundet. Scully selbst erhielt zwei Kugeln ins Gesicht; seine Wunden sind jedoch nicht tödtlich. Nach den Wunden zu urtheilen wurden im Ganzen 18 Schüsse abgefeuert, aber bis jetzt ist noch nicht ermittelt worden, wer geschossen hat. Die Regierung hat eine Belohnung von 500 Pf. St. ausgeschrieben für denjenigen, welcher einen Betheiligten arretirt, und 300 Pf. St. für jede Mittheilung, welche zur Arretirung führt. Die Leichenbestauer sprachen in ihrem Urtheil ihre Mißbilligung über Scullys Verfahren aus und fügten hinzu, daß, je früher das Gesetz dergleichen Prozeduren unmöglich mache, desto besser werde es mit dem Frieden und dem Wohlstande Irlands stehen.

Die Association der sozialen Wissenschaften hat eine Prämie von 20 Pf. St. ausgeschrieben für die beste Schrift über die Mittel und Wege, wie den Arbeitslosen Beschäftigung verschafft werden kann.

Der berühmte „Anwalt der Arbeiter“, Advokat Robert in Manchester, bewirbt sich um einen Parlaments-Sitz für einen Londoner Wahlbezirk. Er sagt in seiner Ansprache: „Ich werde mich freuen, eine Gelegenheit zu bekommen, im Unterhause die besondern Ansprüche der Arbeiterklasse zu vertreten, für deren Vertheidigung ich mein ganzes Leben lang gekämpft habe.“

Wird den Verfolgungen, welche die jüngsten richterlichen Urtheile andeuten, kein Einhalt gethan, so wird es bald so kommen, daß jede vereinte Aktion von Seiten der Gewerksvereine unmöglich wird. Dies ist gerade, wonach die Bourgeoisie strebt. Erklärte doch John Bright der „Arbeiterfreund“ vor einigen Tagen, daß nach seiner Meinung die Gewerksvereine eine „thöricht“ seien.

Den sächsischen Deputirten zum Arbeitertag nach Nürnberg

theilen wir hierdurch mit, daß die leipziger Vertreter Freitag den 4. September Abends 6 Uhr 20 Minuten abreisen werden. Da es sehr wünschenswerth erscheint gemeinschaftlich zu reisen, so ersuchen wir die übrigen Herren Deputirten ihre Abreise einzurichten, daß sie theils hier theils auf den andern Stationen nach Hof sich anschließen können. Billets ersuchen wir nur bis Hof zu nehmen, dort haben wir einige Stunden Aufenthalt bis zum 1. Frühzug, mit dem wir dann gegen Sonnabend Mittag in Nürnberg eintreffen.

Unsern Freunden die hoch erfreuliche Mittheilung, daß Sachsen durch mindestens 18—20 Deputirte vertreten sein wird, ein in Anbetracht der erheblichen Reisekosten sehr anerkenntliches Resultat.

Programm oder nicht Programm?

Grimmitschau, im August.

Das ist die Frage aus Kopf und Feder unfres Wartenburg — Badewitzigen Angebens; durch die „Chemnitzer Nachrichten“ unter Nr. 181, 182 und 184 fein säuberlich der Nachwelt überliefert, ist sie von ihm selbst verfaßt und minniglich illustriert, sowie mit eglischen drolligen und frommen Sprüchlein und Guckkastenbilderchen gar rührend anzuschauen, der ehr- und friedesamben Arbeiterwelt dediciret worden! — Der unerschöpfliche Vater der „thüringer Artikel“ speiset die gefräßige Speckpresse mit einer neuen Parole der „nationalen Brüderschaft“; die wissenschaftliche Großproduktion öffnet die üppigen Falten ihrer weisen Gewänder vor dem unwissenden Volke und lehret „Gutes thun“ und das „Wahre“ erkennen: Also höre Israel! Denn Viele sind berufen, aber Wenige sind auserkoren! — Nur der unwiderstehliche Drang einer inneren Mission kann den biederen Männern eingegeben haben, ihre diplomatischen Altensstücke an „Arbeiterfortbildungsvereine“ loszuschlagen, und es ist uns kein Leichtes, mit jenem hausbackenen Handwerkstram jenen Ecken und Braven eine Stätte zu bereiten, auf der ihres Bleibens für immer sein mag. Als Arbeiter und Menschenfreund kostümiert sich unser „Vertrauens-Hamlet“, um sich jenen Kreisen zu offenbaren, denen Lehre und Wandel des sozial-politischen, sächsisch-thüringischen Pres-Clubs, im Becher gereicht, schwerlich zusagen dürfte, und in wohlgetroffener Verdünnung spendet der schlaue Diplomat im Wasser seines sozialen Liberalismus die Tropfen seiner politischen Sehnsucht: Der Fuchs erzählt den Hühnern von Frieden und ewiger Freundschaft! Der Gelehrte den Laien von der „Nützlichkeit“ seiner Bundesgenossenschaft, von dem Werth seiner sozial-politischen Studier im nationaljobberlichen Bereiche; wir werden es hören.

Da lesen wir zuerst unter Artikel I. der Wartenburgischen Darlegungen, daß der Vorort Leipzig als zweiten Gegenstand der Tagesordnung für den Nürnberger Arbeitertag die „sogenannte“ Programmfrage, als dritten und vierten Gegenstand aber die Steuer- und Wehrfrage bezeichnet habe; und daß diese Vorlagen des Beifalls des Herrn Wartenburg sich keineswegs zu erfreuen haben, hat folgende Gründe (Herr Wartenburg sagt wörtlich): „In den zum Verband gehörenden deutschen Arbeitervereinen sind Mitglieder der verschiedensten politischen Richtungen vertreten, die nationalliberale Partei, die süddeutsche Volkspartei, Föderativ-Republikaner und Einheits-Republikaner und wie diese verschiedenen Schattirungen alle heißen. Diesen Richtungen nun soll ein Programm, wir können es schon jetzt sagen, das Programm der Volkspartei, deren Vertreter im Reichstage die Herren Bebel und Liebknecht sind, zur Annahme vorgelegt werden. Was wird das Resultat sein? Entweder lassen sich die Vertreter der anderen politischen Richtungen von der Vortrefflichkeit des Volksparteiprogramms überzeugen, oder sie lassen sich nicht überzeugen. Das Erstere erscheint uns mehr als unwahrscheinlich. Es wird also der zweite Fall eintreten, es wird abgestimmt werden müssen. Die überstimmt Minorität kann nicht in dem Verbande bleiben. Es würde dies gegen das Gewissen gehen. Es wird also Trennung und Spaltung eintreten. Das wird die unabwiesbare Folge der Annahme eines „bestimmt“ formulirten politischen Glaubens-

bekennnisses Seitens der deutschen Arbeitervereine sein. Die deutschen Arbeitervereine sind schwach an Zahl, ihr Organ, die „Deutsche Arbeiterhalle“, kann davon erzählen. Ist es klug und politisch, diese geringe Zahl noch zu schwächen durch eine Spaltung und Trennung? Haben wir schon so viel durch unsere Agitationen erreicht, um dieß Wagniß bestehen zu können? Ich sage nein! Ich sage, wir können Alle, mögen wir uns nun Nationalliberale, Fortschrittler, Volksparteileute oder Demokraten nennen, wir können Alle noch eine gute Strecke zusammen vereint in den Arbeitervereinen gehen, für die Förderung der Arbeiterinteressen arbeiten. Wir haben trotz unserer Vereinstage in Köln (!), Leipzig zc. noch blutwenig erreicht. Wir haben noch nicht die Verkürzung der Arbeitszeit durchsetzen können. Die nöthige Zeit für seine geistige Bildung, Ruhe, leibliche Ruhe ist dringendes Bedürfniß für den todtmüden, abgeheßten, abgearbeiteten Menschen. Ich würde diesen Preis den Kampf eines ganzen Lebens werth halten! Wir haben in Bezug auf die Lohnfrage so gut wie Nichts erreicht. Es sind Reden gehalten, Resolutionen gefaßt worden, aber Alles ist beim Alten geblieben; warum? das werde ich in den folgenden Artikeln nachweisen. Ich glaube, daß ein Nationalliberaler, zu welcher Partei der Unterzeichnete gehört, für die Verwirklichung der eben genannten Forderung, für die Interessen der Arbeiter nach diesen Richtungen hin, ebenso wirken kann, als ein Volksparteimann, und es geht daher gegen die Interessen der Arbeiter, die Bundesgenossenschaft nationalliberal gesinnter Männer, durch Annahme des Volksprogramms, zurückzuweisen. (gezeichnet:) Wartenburg.“

Glücklicher Sterblicher, der da sagen kann: „Ich glaube und — es geht daher“ zc. Das nennt man Selbstbewußtsein, Herr Vertrauensmann! Nun aber einen bescheidenen Einblick in Ihr Glaubensbekenntniß nebst Motiven: Daß groß wie immer und warm gefühlt nach Badewitz, hinter Ihrem „Ich“ auch Ihre „Sie“, die nationalliberale Partei, in den Arbeitervereinen obenanstehen muß, das sagen Sie und wir glauben es, daß aber diesen Arbeitervereinen ein Programm, und wie Sie jetzt schon sagen können, das Volksparteiprogramm, vorgelegt werden soll, spricht „Saul unter den Propheten“. Wir wollen über das Letztere nicht disputiren, denn „Sie glauben“ und — es geht daher — schwerlich, Sie zu überzeugen, daß Ihnen Ihre lebhafteste Phantasie einen Schabernak spielt. Die große Furcht um den Verlust des kaum Gewonnenen, mühsam Er-fliegenen, entlockt Ihrem gepreßten nationalen Herzen den Ausruf: „Sein oder Nichtsein!“ Und — „im Vertrauen, Prinz — die bürgerliche Maid kennt Euren Stand!“ „Trennung, Spaltung!“ Ihr könntet's nicht ertragen? nun — „so tauscht den Purpur mit dem Bürgerkleid!“ Ein Programm oder nicht Programm schaffen, d. h. doch wohl eine speziell sozial-politische Maxime anerkennen, festhalten, oder verwerfen wollen, und bedarf es schlagenderer Beweise für die Unerläßlichkeit einer definitiv klar gelegten sozial-politischen Maxime (Grundsatzes) innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung, als der von Herrn Wartenburg citirten Wirkungslosigkeit des zeither sozial-politisch tastenden Verbandes? Glaubt Herr W., die deutschen Arbeitervereine vermöchten ihre Aufgabe zu erfüllen, ohne sich über den endgiltigen Zweck, über das eigentliche Ziel vollständig klar zu sein? Auch er ist dafür, daß Arbeitervereine sich mit Politik beschäftigen, aber er verlangt nicht,

daß Alle einer und derselben politischen Richtung angehören sollen. „Pfleger des demokratischen Geistes, Pfleger der nationalen Gesinnung, der Liebe zum großen deutschen Vaterlande, Förderung der Selbstverwaltung“, das sind die Richtungen, nach denen hin er laut Artikel III. „thätig gewesen ist.“ Das ist nach unserer Meinung denn doch der Weisheit zu viel auf einem einzigen Zahlbrett. „Keine bestimmte politische Richtung“ und dennoch „Pfleger des demokratischen Geistes!“ Ist denn das nicht gerade eine ganz bestimmte politisch-soziale Richtung? Und ist dem nicht so, dann fragen wir, was der Herr Vertrauensmann unter demokratischem Geist, unter nationaler Gesinnung Anderes bestrebt, als ein bestimmtes Ziel, und über dieses Ziel sollen die deutschen Arbeitervereine keine bestimmten Begriffe haben und aussprechen dürfen?!

Die Arbeitervereine haben auf dem Stuttgarter Verbandstag sich für das allgemeine direkte Wahlrecht ausgesprochen, eine ganz bestimmte politische Richtung, ein Programm bezeichnet, dessen Verwirklichung sie bestreben; dort schon wäre eine Trennung zu befürchten gewesen, wenn diese Programmfrage nicht vom „wahren demokratischen Geist“ behütet war; vergebens kämpfte damals das badische Professorenthum gegen die Behandlung derselben, und vergebens wird sich Herr W. bemühen für „kein Programm!“ Auf dem ersten Vereinstag in Frankfurt a. M. (nicht in Köln, wie Herr W. meint!) haben sich die vertretenen Vereine ihre volle politische Mündigkeit gewahrt. Und Herr W. („ein Feind der Mischmasch-Parteien“, wie er sich ausdrückt) wünscht, daß Nationalliberale, Fortschrittler, Volksparteileute, Republikaner u. innerhalb der Vereine unmündig vegetiren sollen, und das nennt er „Pfleger des nationalen Geistes, demokratischer Gesinnung?“ Dazu gehört mehr als Gespensterglauben, mehr als „witzgebadete Phantastik“ und Wärme des Gefühls! Und zeigt es der Abschnitt I. jenes „Hamlet-Monologs“ deutlich genug, daß sich der Herr Vertrauensmann und seine Auftraggeber weniger davor fürchten, ein bestimmtes Programm zu verhandeln, als davor, ihr Programm („theile und herrsche!“) dadurch fallen zu lassen, so geben uns Abschnitt II. und III. vollends Gewißheit darüber.

Schon in der vorigen Nummer dieses Blattes ist dargelegt, wie schön die Komödie gewisserseits arrangirt ist, wie es die Volkspartei und die Arbeitervereine sind, auf die man abzielt, und es erübrigt nur noch darzuthun, mit welcher plumpen Sicherheit man heut zu Tage politischen Humbug treibt. Wie es Arsenikfresser aus Schönheitsrücksichten geben soll, so giebt es Politikverdummer aus Politik, Gemüthsduster aus Ungemüthlichkeit und Arbeiterfreunde aus Liebe zum — „Wartenburgern und Badewigeln!“ — Und nennen wir das Kind beim rechten Namen: Wer es heute noch wagt, von Verkürzung der Arbeitszeit zu reden, den todtmüden, abgeheheten, abgearbeiteten Menschen zu beklagen und sich in ein und demselben Athemzug zur Gemeinschaft Derer zu bekennen, die ein norddeutsches Coalitions-gesetz verfertigen halfen, das den letzten Schein von Kraft gegen die Bedrückten lehrt; wer unter solchem Verhältnis — ein politischer Genosse Derer, denen die Lohnfrage, der Inbegriff aller Schrecknisse, ihr politisches Glaubensbekenntnis aufgedrückt hat — hofft, daß er Glauben finden werde, der spekulierte auf die Unwissenheit des Volkes, auf sein Vertrauen und sein Elend! Die Selbstsucht des Kapitals, von welcher der Herr Vertrauensmann so rührend in Artikel II. zu sprechen weiß, ist der Schöpfer der „nationalliberalen Preßliga“ im Dienste der Partei, diese aber ist der ausgesprochene

Versuch einer Dienstbarmachung der gekirrten Massen, für ihre Pläne von Selbstverwaltung!

„Jede Tagesordnung eines neuen Vereinstags ist mit Fragen überfüllt“, schreibt Herr W., aber verschweigt, daß es größtentheils Fragen rein wirthschaftlicher Tendenz, zum wenigsten aber politische Fragen waren. „Und dennoch Nichts erreicht?“ (sagt W.). Also wozu denn noch ein Weiteres, um die Nothwendigkeit einer definitiven gesunden Programmfeststellung zu erweisen? Die Wehr- und Steuerfrage sind vorherrschend wirthschaftlicher Natur, und die Lage Europas, die Lage der verblutenden Arbeit in ihm, fordert volle und sichere Klarheit über das Nothwendige und Wünschenswerthe! Es ekelt und an, jene abgedroschenen Phrasen gegen Bebel und Genossen, jenen Hudel auf den „nationalen Einheitsstaat“, jenen Popanz „allgemeiner Entwaffnung“ (hinter der Wehrfrage gedacht) auszulegen, geschweige denn, daß wir versuchen möchten, jene knotige Polterei von einer „beabsichtigten Demonstration gegen Preußen und den Nordbund“ zurückzuweisen. Eines aber dient zur vollen Beleuchtung des ganzen Manövers und seines Zweckes und das ist folgendes Citat Herrn Wartenburgs: „Wenn die Herren Bebel und Genossen mit ihrem Programm siegen, der Volkspartei nur einen Theil der Arbeiter des Verbandes (vielleicht 4—5000) zuführen, so ist das ein Tropfen im Meer!“ — (aber trotz dieses Tropfens) — „die Arbeiterbewegung wird untergehen in dem politischen Parteikampfe. Die Arbeiter werden in eine sehr unreinliche Verbindung mit Römlingen, Welsen, Kleinstaatlern und Reactionären jedes Kalibers kommen u.“ Wir erwidern blos: Siehe: preussischer Armeebischof, geweiht von Pius IX., Lutherdenkmal-Enthüllung und Censurcomite, Rheintösterwachsthum u. im deutschen Berufsstaat! — „Nicht der Norddeutsche Bund, der ein Freizügigkeitsgesetz, ein allgemeines Staatsbürgerrecht, die allgemeine Wehrpflicht, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht den Arbeitern gegeben hat, ist Feind oder Hinderniß der Arbeiterbewegung, die Gegner sind wo anders zu suchen“, sagt Herr W., aber er unterläßt zu ergänzen, daß der Erlass des Bundeskanzleramtes vom 4. Juli 1868 also lautet: „a) Von Angehörigen eines Bundesstaates, welche die Ausnahme in den Unterthanenverband eines anderen Bundesstaates nachsuchen, kann auch künftig der Nachweis der Entlassung aus ihrem bisherigen Unterthanenverhältniß verlangt werden, und b) für Angehörige eines Bundesstaates, welche in einen anderen Bundesstaat auszuwandern beabsichtigen, kann das Aufgeben des bisherigen Unterthanenverhältnisses auch fernerhin an die Ertheilung einer förmlichen Ertheilung einer förmlichen Entlassungs-Urkunde geknüpft werden.“ Das spricht Alles für sich selbst, wie die gerühmte Wehrpflicht und das Wahlrecht. Sein oder Nichtsein, das ist die Frage! — Sie wird gelöst werden, das ist sicher, ob zur Freude der Herren von der Preßliga, das wollen wir guten Muthes erwarten. Und wenn, wie wir in letzter Zeit gesehen haben, auf nationaler Seite „das Herz der Volkspartei“ als Zielpunkt gilt, wenn zur Erreichung dieses Zieles ein Lazzaronithum gefördert und verwendet wird, das sich anmaßt, sich auf Lassalle zu berufen — ja, wenn die Nationalen (in unserer Nachbarschaft) solche Bündnisse suchen müssen, dann allerdings durfte es uns nicht überraschen, einen letzten Versuch vom besten ihrer Tragöden aufzuführen sehen. Programm oder nicht Programm? Erkenntniß oder Selbsttäuschung, Wirklichkeit oder Roman, es wird sich Alles klären, wo Männer berathen und handeln.